

## ZUR WIRTSCHAFTSLAGE IM ANDEREN TEIL DEUTSCHLANDS

Erst Ende Mai 1967 verabschiedete die Volkskammer das Gesetz über den Perspektivplan, mit dem die Wirtschaftsentwicklung bis 1970 gesteuert werden soll. Lange hatte man darüber diskutiert. Von der langfristigen Planung abrückend hat man sich auf ein mittelfristiges Konzept festgelegt. Die Lösung von sieben großen volkswirtschaftlichen Aufgaben bis 1970 bildet den Kern des Planes (Vergleichsbasis = Ergebnis des Jahres 1965):

1. Erhöhung des Nationaleinkommens um 28 bis 32 vH bei Steigerung der finanziellen Leistung der volkseigenen Wirtschaft an den Staatshaushalt, bei Zunahme der Investitionen um 48 bis 52 vH und der Vermehrung des Realeinkommens der Bevölkerung um 19 bis 21 vH.
2. Strukturverbesserung der Industrie und Erhöhung ihrer Produktion um 37 bis 40 vH.
3. Weitere Technisierung der Landwirtschaft und Steigerung der Erzeugung um 13 bis 15 vH.
4. Anwachsen der Bauproduktion um mindestens 40 vH.
5. Senkung des Anteils der Dampfzugleistung bei der Reichsbahn von jetzt 80 vH auf 50 vH zugunsten moderner Traktionsmittel.
6. Erhöhung des Außenhandelsumsatzes um 35 bis 45 vH bei Intensivierung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit im Ostblock.
7. Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten für die gesamte Bevölkerung.

Nur noch drei Volkswirtschaftspläne können nach diesem Plan ausgerichtet werden, der im übrigen bei der Sollstellung erstmals einen gewissen Spielraum zuläßt. Auch die Zuwachsraten sind allgemein realistischer als in früheren Plänen. Das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 1967 wird Aufschluß darüber geben, ob die Forderungen der Planer bis 1970 erfüllt werden können.

### *Die Industrie im 1. Halbjahr 1967*

Bei dieser Sachlage ist es verständlich, daß die offizielle Kritik an noch immer bestehenden Mängeln im 1. Halbjahr besonders scharf ausgefallen ist. Die insgesamt positive Bilanz werde überschattet durch verzögerte Inbetriebnahme strukturbestimmender Kapazitäten als Folge schlechter Investitionspolitik und zersplitterten Kräfteeinsatzes. Noch immer werde die Technologie unterschätzt. „Die Ursachen für die teilweise ungenügende Planerfüllung bei wichtigen, die Struktur unserer Volkswirtschaft bestimmenden Erzeugnissen

bestehen in einer ungenügenden Beherrschung der technologischen Prozesse und in einer teilweise sträflichen Unterschätzung der Technologie durch die Leiter mancher Betriebe, VVB und Ministerien. Die Folge sind erhebliche Lieferrückstände.“<sup>1)</sup>

Nach dem amtlichen Halbjahresbericht<sup>2)</sup> soll die Industrieproduktion um 7,3 vH zugenommen haben, ausschließlich als Folge der entsprechend erhöhten Arbeitsproduktivität. Es muß angenommen werden, daß die für das 1. Halbjahr 1967 gemeldeten Zuwachsraten nicht preisbereinigt sind, sondern die Spuren der Industriepreisreform als Preissteigerungen mit enthalten. Fachleute schätzen das reale Wachstum auf etwa 6 bis 6,5 vH. Unter diesem Durchschnitt lag die Produktionszunahme bei den Betrieben des Ministeriums für Grundstoffindustrie (3,1 vH), für Erzbergbau, Kali, Metallurgie (5,6 vH), für Schwermaschinen und Anlagenbau (4,6 vH) sowie natürlich der Lebensmittelindustrie (4 vH).

Die metallverarbeitende Industrie konnte hohe Zuwachsraten erzielen und blieb dennoch unter dem Planziel. Unzureichendes Entwicklungstempo, nicht plangerechte Produktion, fehlende Vertragstreue haben bei den Endproduzenten die technische Rationalisierung gestört. Dies gilt für die Betriebe des Werkzeugmaschinenbaus, der Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie, der Bereiche (VVB) Elektroprojektierung und Anlagenbau, Regelungstechnik, Gerätebau und Optik usw. Die unzureichende Produktion von Kontroll- und Meßgeräten, von elektronischen Meß- und Prüfeinrichtungen gefährde schon jetzt die Realisierung der Exportverpflichtungen.

Weniger Ausfälle durch Krankheit und eine höhere Arbeitsdisziplin werden lobend erwähnt. Dafür hat die Plandisziplin vor allem der metallverarbeitenden Industrie noch erhebliche Lücken. Die Bestände an Roh- und Halbstoffen sowie an Fertigerzeugnissen seien unplanmäßig angestiegen. Das letztere muß überraschen und deutet auf nicht absetzbare Fertigerzeugnisse. Im Braunkohlenbergbau sind weder im vorigen Jahr noch im Berichtszeitraum die „millionenschweren Großgeräte“ gut ausgenützt worden; denn über 50 vH der Kapazität blieben ohne Einsatz. Ähnliche Erscheinungen zeigen sich auch in anderen Industriezweigen. Der größte Konfektionsbetrieb, VEB Fortschritt in Ostberlin, gehört zwar zu den technisch modernsten Betrieben seiner Branche, aber die Partei kritisierte: „Tatsache ist, daß hochproduktive Maschinen, die wir im vorigen Jahr auf Devisenkredit gekauft haben, zum Teil heute noch ungenutzt herumstehen. Niemand hat bisher über den Einsatz dieser Maschinen bis zu Ende nachgedacht und eine

1) Neues Deutschland vom 7. Juli 1967.

2) Neues Deutschland vom 19. Juli 1967.

klare Entscheidung gefällt. Unsere Leiter sind ihrer Verantwortung dafür ausgewichen."<sup>3)</sup> Die hier genannten Beispiele haben eines gemeinsam. Sie beweisen das Fehlen eines echten Kostendruckes, ohne den rentable Leistungen kaum vorstellbar sind. In der Theorie ist sehr viel für wirtschaftliche Rechnungsführung getan worden, aber die Praxis sieht anders aus.

Die Unterschätzung der Technologie zeigt sich schon bei den Grundlagen. In der volkswirtschaftlich wichtigen WB Ausrüstungen für die Schwerindustrie und Getriebebau haben z.B. von den 682 Technologen nur etwa 30 vH eine abgeschlossene Ausbildung. Nur 4 vH der Forschungsmittel seien bisher für die technologische Forschung ausgegeben worden. „Der Getriebebau ruft in der Volkswirtschaft seit Jahren erhebliche Störungen hervor. Sie haben zum großen Teil ihre Ursachen in der Mißachtung der Technologie und der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation.“<sup>4)</sup> Der Anteil der Hoch- und Fachschulkräfte ist im Bereich der Technologie geringer als im Bereich der Konstruktion. „Zum Teil sind die Hoch- und Fachschulkader auch nicht mit den neusten technologischen Erkenntnissen ausgerüstet.“<sup>5)</sup> Der Montageprozeß umfaßt in der metallverarbeitenden Industrie etwa 34 vH des gesamten Produktionsprozesses, aber nur 3 vH der entsprechenden Forschungsmittel und Forschungskapazität sind dafür eingesetzt.

#### *Investitionen und Bauwesen*

Auch die Berichterstattung über die durchgeführten Investitionen ist sehr kritisch gestimmt. Die Leistung war ungenügend und hat die Entwicklung gebremst. Die Auslastung der technischen Kapazität sei sehr unterschiedlich. Der Bauanteil an den Investitionen ist zu hoch. Schon für 1966 war er mit 35,3 vH angegeben worden. „In entscheidenden Bereichen der Volkswirtschaft, darunter auch in der Industrie, ist gegenüber 1965 eine Zunahme des Bauanteils eingetreten“<sup>6)</sup>. Die Investitionssumme für das 1. Halbjahr 1967 wird offiziell mit 9,1 Mrd. DM beziffert, auch hier ein preisverzerrter Wert. Er erreicht real noch nicht einmal die Hälfte des vorjährigen Gesamtwertes.

Die volkseigene Bauproduktion ist im 1. Halbjahr 1967 um 11,9 vH gewachsen. Damit ist der Plan der vertraglich gebundenen Warenproduktion aber nur zu 93 vH erfüllt worden. Die bauliche Unterhaltung und Instandhaltung verlangt steigende Leistungen. Für die Werterhaltung wurden insgesamt 1,7 Mrd. DM aufgewendet, für Wohngebäude 560 Mio. DM. 26 000 Wohnungen sind fertiggestellt worden. Der Bericht hebt „beträchtliche Rückstände“ in den Bezirken Neubrandenburg, Frankfurt, Dresden und Erfurt hervor. Immerhin liegt dieses Halbjahresergebnis um

4500 Wohnungen über dem des 1. Halbjahres 1966.

Ende 1965 standen insgesamt 5,8 Millionen Wohnungen zur Verfügung. Nach den amtlichen Angaben kamen im Jahre 1966 65 300 und bis Juni 1967 die oben erwähnten 26 000 Wohnungen hinzu. Älter als 120 Jahre sind davon 1,1 Millionen; sie würden bei uns in die Wohnungssanierung einbezogen werden. Das Durchschnittsalter aller Wohnungen liegt bei 60 Jahren. Die geringe Neubautätigkeit hat eine steigende Überalterung zur Folge. Von allen Wohnungen verfügen nur 5 vH über Zentralheizung, Bad und WC; in 22 vH ist immerhin Bad und WC vorhanden. 60 vH der Wohnungen stammen aus der Zeit vor 1918, 24 vH aus der Zeit zwischen 1919 und 1945 und nur 16 vH<sup>7)</sup> aus der Nachkriegszeit; bis Ende Juni 1967 sind demnach eine Million Wohnungen gebaut oder wiederhergestellt worden. Von 1945 bis 1950 sind rund 130 000 ausgebrannte und beschädigte Wohnungen wiederhergestellt worden. Die echte Neubauleistung liegt insgesamt bei etwa 800 000 Wohnungen in mehr als zwanzig Jahren. Die Bauwirtschaft der Bundesrepublik schafft eine solche Leistung in anderthalb Jahren.

Bei einem derartigen Vergleich muß zudem berücksichtigt werden, daß im anderen Teil Deutschlands weder hinsichtlich der Durchschnittsgröße noch der Ausstattung der Wohnungen das westdeutsche Niveau erreicht wird. Dies hat zur Kritik an dem Zeitaufwand für unproduktive Hausarbeit geführt, die mit durchschnittlich 47,5 Wochenstunden insgesamt 16 Milliarden Arbeitsstunden ausfülle — mehr als in allen materiellen Bereichen der Volkswirtschaft. Die Bewirtschaftung des Wohnraums wird für Normalverbraucher noch immer sehr streng gehandhabt. Acht Quadratmeter pro Person ist das Standardmaß. Dafür sind aber die Mieten erheblich niedriger als in der Bundesrepublik. Die staatlichen Wohnungsverwaltungen verschlingen alljährlich weit mehr als eine Milliarde an Subventionen. Der Steuerzahler muß also das aus den niedrigen Mieten resultierende Defizit abdecken. Für die private Wohnungswirtschaft gibt es dagegen keine Subventionen. Hier zwingen die niedrigen Mietsätze zum Substanzverlust, so daß der Anteil des privaten Hausbestandes ständig zurückgeht. Da bei allen Grundstücksgeschäften die öffentliche Hand das Vorkaufsrecht hat, bedeuten die Zwangsversteigerungen fast in jedem Falle eine Verstärkung des staatlichen Wohnungsbesitzes.

Privater Wohnungsbau ist in keinem Plan vorgesehen. Da alle Baustoffe bewirtschaftet

3) Neues Deutschland vom 20. Juni 1967.

4) Neues Deutschland vom 18. August 1967.

5) Neues Deutschland vom 17. Juni 1967.

6) Die Wirtschaft vom 17. August 1967.

7) Die Wirtschaft vom 31. August 1967.

sind, ist auf legalem Wege die Beschaffung von Baustoffen für private Zwecke nicht möglich. Für Reparaturarbeiten werden dagegen Baustoffe freigegeben. Auf diesem Wege haben es manche Familiengemeinschaften verstanden, soviel Reparatur-Baustoffe zu organisieren, daß damit ein Haus gebaut werden konnte. Neben dem staatlichen spielt nur noch der Wohnungsbau der Arbeiter-Wohnungsbaugenossenschaften eine Rolle. Sein Anteil liegt jetzt bei etwa 38 vH des jährlichen Wohnungsbaus. In den Jahren 1954 bis 1964 wurden 255 800 AWG-Wohnungen errichtet. Es handelt sich dabei nicht um Eigentumswohnungen im privatrechtlichen Sinne, sondern um „sozialistisches Eigentum“ der Genossenschaftsmitglieder. Der Wohnungsbau könnte stärker sein, wenn er in der Rangliste nicht an letzter Stelle stünde. Doch es ist nicht diese wirtschaftspolitische Benachteiligung allein, die bessere Ergebnisse verhindert. Am Bageschehen in Ostberlin, einem der Schwerpunkte der Bauwirtschaft, ist folgende Kritik geübt worden: „Wir bauen aber zu langsam und zu teuer. Die Bauzeitplanung und die Baukosten werden ständig überschritten, wobei schon die geplanten Baukosten in vielen Parametern einem Weltstandsvergleich nicht standhalten<sup>8)</sup>.“ Man träfe immer wieder die Auffassung, Weltniveau sei Westniveau, was zum Einbau großflächiger Verglasungen, teurer Edelhölzer und kosbarer Verkleidungen aus Stein und Aluminium, ja sogar zum Einbau importierter WC führe. „Aber was ist das für ein Weltniveau, das Engpaßkapazitäten unserer Industrieproduktion und unsere Wirtschaft durch Importe belastet, anstatt zu entlasten<sup>8)</sup>.“ Weil es in der Bauindustrie noch kein Katalogsystem gibt, reisen Baufachleute kreuz und quer durch die Lande, um sich nach Lieferquellen und Preisen zu erkundigen. Bei einer solchen, fast mittelalterlich anmutenden Situation ist die harte Kritik der Bauingenieure am Versagen des Ministeriums für Bauwesen zu verstehen.

#### *Vergünstigungen für die Bevölkerung*

Im Jahre 1958 hatte *Ulbricht* der Bevölkerung versprochen, bis 1960 den westdeutschen Lebensstandard einzuholen und in einigen wichtigen Bereichen zu überholen. Mit sieben Jahren Verspätung sind jetzt erste Schritte auf diesem Wege zugunsten der Lage der Arbeitskräfte gemacht worden. Mit Verordnung vom 3. Mai 1967 ist der Ministerratsbeschluß über die Erhöhung des Kindergeldes für Familien mit vier, und mehr Kindern geregelt worden.

Solange die Kinder sich noch in der Berufsausbildung befinden, keinen eigenen Haushalt führen und ein Nettoeinkommen von weniger als monatlich 150 DM haben, steht den Eltern für sie Kindergeld zu. Ab 1. 7. 1967 erhalten danach die Eltern für das vierte Kind statt 40 DM nunmehr 60 DM, für das fünfte und

jedes weitere Kind 70 DM anstatt bisher 45 DM. Ab 1. 7. 1967 treten ferner Löhnerhöhungen in Kraft. Die Mindestbruttolöhne für vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte erhöhen sich von bisher 220 DM auf 300 DM, und die Löhne für Arbeiter und Angestellte mit einem Bruttolohn unter bisher 400 DM werden differenziert angehoben. „Berechnungsgrundlage für die Erhöhung ist der in der gesetzlichen Arbeitszeit erzielte monatliche Bruttolohn. Dazu gehören nicht die betrieblichen Erschwerniszuschläge, die Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit einschließlich Schichtprämien und Leistungszulagen gemäß § 28 des Arbeitsgesetzbuches<sup>9)</sup>.“

Da jedoch auch die seit dem Wegfall der Lebensmittelkarten im Mai 1958 gewährten „Lebensmittelkartenzuschläge“, welche Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen erhielten, nunmehr in die Bruttobezüge einbezogen werden, unterliegen sie auch der Versteuerung. Bisher waren sie steuerfrei. Folgende Beispiele zeigen die Belastung durch Lohnsteuer und Sozialabgaben: Ein Bote, Ortsklasse B, ledig, ohne Kinder erhält brutto 300 DM, netto 252 DM; ein Sachbearbeiter der TKO in einem VEB in Brandenburg, Gruppe A 3, ledig, ohne Kinder erhält brutto 400 DM, netto 322 DM; ein Angehöriger einer Betriebswache, verheiratet, ohne Kind, Ortsklasse B, erhält brutto 377 DM, netto 316 DM.

Damit die Unruhe unter den Rentnern, die ja keine dynamische Rentenregelung kennen, nicht zu groß wird, hat der Ministerrat bereits im Mai 1967 beschlossen, mit Wirkung vom 1. 7. 1968 die Mindestrenten von monatlich 129 DM auf 150 DM zu erhöhen und eine freiwillige Versicherung für eine Zusatzrente einzuführen. Die Vorfreude auf Rentenverbesserungen über eine Zeit von über einem Jahr auszudehnen, ist ein Zeichen ganz besonderer Fürsorge.

Ab 28. August 1967 ist für die Arbeitnehmer in den Betrieben außerhalb der Bereiche Versorgung und Betreuung der Bevölkerung die Fünftagewoche eingeführt worden. Ein- oder zweischichtig Arbeitende mit bisher 45 Arbeitsstunden arbeiten nun 43 3/4 Stunden an fünf Tagen, dreischichtig Arbeitende mit bisher 44 Stunden erfahren eine Verkürzung auf wöchentlich 42 Stunden, wobei jeweils zwei zusammenhängende Tage frei bleiben sollen. Be- und Entladearbeiten sind jedoch nach wie vor an allen Tagen durchzuführen. „Weil es zu volkswirtschaftlichen Verlusten und zu einem Rückgang des Nationaleinkommens führen würde<sup>10)</sup>“, ist die Zahl der Wochenfeiertage verkürzt worden. Nur noch der 1. Januar, der Karfreitag, der 1. Mai, der 7. Oktober und die beiden Weihnachtsfeiertage bleiben arbeitsfrei.

8) Neues Deutschland vom 9. Februar 1967.

9) Neues Deutschland vom 3. Juni 1967.

10) Neues Deutschland vom 5. Mai 1967.

Wegen des Ausfalls am Karfreitag muß in der Woche nach Ostern voll an sechs Tagen gearbeitet werden. Der Pfingstmontag bleibt frei; dafür muß der Samstag nach Pfingsten Arbeitstag werden. Andere Feier- und Gedenktage werden ohne Arbeitsruhe begangen. „Wenn in bestimmten Fällen Werktätige während der Arbeitszeit aus Anlaß dieser Tage an Veranstaltungen teilnehmen wollen, können sie unbezahlte Freizeit erhalten<sup>10)</sup>.“

Die Einführung des langen Wochenendes ist laut *Neues Deutschland* ein neuer Schritt zur kulturvollen, sozialistischen Lebensweise. Die SED versucht, das „Hobbywesen“ planerisch in den Griff zu bekommen. Die Zeitungen spiegeln eine angeblich spontane Diskussion über Freizeitgestaltung und Wochenendbildung. Der „Nationale Verteidigungsrat der DDR“ beschloß in seiner konstituierenden Sitzung am 1. September 1967 unter anderem, daß nunmehr „alle wehrtüchtigen Teile der Bevölkerung verstärkt in die Wehrerziehung einbezogen werden<sup>11)</sup>“. Dafür bietet das verlängerte Wochenende reichlich Gelegenheit.

Eine weitere Vergünstigung für die Arbeitnehmer stellt die seit langer Zeit diskutierte Verlängerung des Mindesturlaubs von bisher 12 auf 15 Werktagen dar, die erstmals für 1967 gilt. Davon werden etwa 1,5 Millionen Werktätige profitieren.

Mehr Freizeit, längerer Urlaub, höheres Arbeits- und Sozialeinkommen, das alles sind Faktoren, die mit Sicherheit die Nachfrage nach Verbrauchsgütern und Dienstleistungen steigen lassen. Im 1. Halbjahr kann davon noch nichts zu spüren gewesen sein; nicht nur wegen der erst späteren Wirksamkeit der oben dargestellten Vergünstigungen, sondern auch deshalb, weil die Geldeinnahmen der Bevölkerung in den ersten sechs Monaten 1967 wesentlich geringer zunahmen als in derselben Vorjahreszeit, nämlich um nur 3,5 vH anstatt um 5,2 vH. Beim Einzelhandelsumsatz liegt wie bisher die Steigerung vornehmlich im Bereich der Nahrungs- und Genußmittel mit 768 768 Mio. DM, während der Umsatz an Industriewaren sich nur um 535 Mio DM erhöhte. „Obwohl 5 vH mehr Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren bereitstanden, gab es örtlich Lücken im Angebot<sup>12)</sup>.“ Die Schilderung der Lücken im Angebot an Industriewaren wird erst gar nicht versucht.

Die weitgehend durchgesetzte Forderung, Lohn- und Gehaltskonten zu führen und die Erfahrungen bei dem letzten Bargeldumtausch am 13. Oktober 1957, wo Geldkonten ohne Schwierigkeit im Verhältnis 1:1 in neues Geld umgetauscht worden sind, während das Bargeld nur dann neues Geld wurde, wenn sein rechtmäßiger Erwerb und Besitz nachgewiesen waren, haben dazu geführt, daß die Bevölkerung es für zweckmäßiger hält, das verfügbare Geld auf einem Bankkonto zu wissen

anstatt in der Brieftasche. Die Erhöhung der Spareinlagen, zu denen im anderen Teil Deutschlands auch die Giro- und Gehaltskonten zählen, lag mit 2,2 Mrd DM deutlich höher als in der entsprechenden Vorjahreszeit mit einer Zunahme von 1,95 Mrd DM. Der Urlaubsmonat Juli muß jedoch ein Monat besonders hoher Abhebungen gewesen sein; denn am 31. 7. 1967 erreichte der Bargeldumlauf bei der Bevölkerung den sehr hohen Stand von 6,248 Mrd DM.

### *Außenwirtschaft*

Während der Einzelhandelsumsatz nur um 5,3 vH ausgedehnt werden konnte, ist der Außenhandelsumsatz im 1. Halbjahr um 6,4 vH gestiegen — also stärker als in derselben Vorjahreszeit mit nur 4 vH. Besonders betonte der amtliche Bericht die Zunahme des Exports nach Nord-Vietnam, der sich verdreifacht habe. Die Umsätze erhöhten sich mit Ungarn um 19 vH, mit Polen um 10 vH und mit der Sowjetunion um 9 vH.

Noch immer ist die Bundesrepublik nach der Sowjetunion der bedeutendste Handelspartner Ostberlins. Die von dort als Hemmnis für den innerdeutschen Warenausch bisher hervorgehobenen Faktoren sind einer geradezu als Bevorzugung zu bezeichnenden Behandlung seitens des westdeutschen Handelspartners gewichen. Die Widerrufsklausel, seit 1959 bestehend und von der anderen Seite als Damoklesschwert empfunden, hat die Bundesregierung fallen lassen; der jede Jahresmitte zum Albtraum werdende Barausgleich — ja diesem Jahr besonders quälend, weil die Verschuldung des ostdeutschen Handelspartners bei 600 Mio DM liegen dürfte — ist durch westdeutsches Entgegenkommen auf das nächste Jahr verschoben worden. Ferner wurden im Westen die Kreditgarantien für den innerdeutschen Handel erweitert und die Maschinenkontingente für drei Jahre im voraus erhöht. Außerdem bringt die Mehrwertsteuerregelung dem Ostpartner beträchtliche geldliche Vorteile.

Auf der Leipziger Herbstmesse belegten die Aussteller aus der Bundesrepublik etwa die gleiche Fläche wie alle östlichen Länder zusammengenommen. Auch die Treuhandstelle für den Interzonenhandel hatte erstmals seit 1961 in Leipzig wieder ein Messebüro eingerichtet. Der Warenaustausch zwischen den beiden Teilen Deutschlands könnte ohne Schwierigkeit stark intensiviert werden. Die Bremswirkung liegt ganz allein in der ungenügenden Lieferfähigkeit der anderen Seite. Daß in dieser Situation Ostberlin die Besuchsreisen Westdeutscher stark einschränkte, während alle

11) Neues Deutschland vom 2. September 1967.

12) Neues Deutschland vom 19. Juli 1967.

## ZUR WIRTSCHAFTSLAGE IM ANDEREN TEIL DEUTSCHLANDS

Ostblockländer danach trachten, Touristen-Devisen zu verdienen, kann man nur mit Kopfschütteln quittieren; denn im sonstigen Außenhandel sind durchaus von wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit bestimmte Erwägungen zu registrieren.

In Zukunft soll den Betrieben und WB die Außenwirtschaftstätigkeit unmittelbar übertragen werden. Marktforschung und Marktbearbeitung werden jetzt groß geschrieben. Die Exportlagerhaltung soll Sache der Betriebe und nicht mehr der Außenhandelsorgane sein. Die politische Scheu vor westdeutschen Touristen muß also stärker sein als der Mangel an Westmark.

*Dr. Walter Meier*